

# Flug-Blatt

des

## Konservativen Vereins für Selchow und Umgegend.

### Vortrag des Herrn Redacteurs **Wilhelm Schlefinger**

gehalten zu **Glasow** am 5. September 1881.

Meine verehrten Herren! Wenn ich von der täglichen abspannenden Berufsarbeit weggehe und mitten in das Volk trete und der frische Odem der Volksseele mir entgegenweht, so habe ich oft das Gefühl eines erquickenden Bades. Man wirft das irdische Alltagsleben von sich, man fühlt ein Wehen des Volksgeistes und wenn man ein Freund des Volkes ist und der Volkswohlfahrt, so wird man in seinen Zielen und in der Arbeit für diese Ziele erneuert, erfrischt und begeistert durch die persönliche, innige Verührung mit dem Volke. Dieses Gefühl habe ich auch heute Abend gehabt, als ich in diesen Saal eintrat und ich stehe Ihnen vielleicht näher, als Sie äußerlich annehmen, denn ich selbst bin aus einem Dorfe Ober-Schlesiens geboren — und habe in meiner frühesten Kindheit die Eindrücke des ländlichen Lebens und der ländlichen Arbeit empfangen. Es ist zwar das erste Mal, daß ich in einer reinen Bauernversammlung heute spreche. Diese Thatsache bringt mir zum kräftigen Bewußtsein die Ueberzeugung, die ich aus der Geschichte und aus der Erfahrung genommen habe, daß ein gesunder, lebenskräftiger Bauernstand die Grundlage und das erste Fundament eines lebenskräftigen Staates ist. M. H.! Schon die Geschichte hat das erwiesen in alten Zeiten. Diejenigen Staaten, welche eine Welt-herrschaft ausübten, welche Siege ohne Gleichen an ihre Fahnen zu heften wußten, wie z. B. das römische Weltreich, ist gerade daran zu Grunde gegangen, daß es nicht dafür sorgte, einen gesunden, lebenskräftigen Bauernstand zu erhalten. Der Arbeiter war zu jener Zeit mit der Sklaventzettel belastet, der kam nicht bürgerlich in Betracht, und der Bauernstand wurde aufgehoben von denen, welche die sogenannten Latifundien besaßen, ungeheure agrarische Besitztümer, der kleine Bauersmann, der Landmann wurde zu Grunde gerichtet. Und daran, an dem Fehlen dieses wichtigen Fundamentes im Staate, dieses haltbarsten Bindemittels ging das römische Weltreich zu Grunde. Ich könnte Ihnen noch andere Beispiele anführen, würde aber dadurch zu weitläufig werden. Wir sehen das auch bei den gegenwärtigen geschichtlich entwickelten Culturvölkern. M. H.! Weil eben ein gesunder Bauernstand, eine lebenskräftige Landwirtschaft zu den ersten Voraussetzungen eines guten geordneten Staatswesens gehört, darum hat Fürst Bismarck, unser Reichskanzler, sich gesagt, nachdem er die Jahrhunderte lang zerrissenen Stämme zusammengeschweißt, durch Blut zusammengekittet hat, weil sie freiwillig nicht zusammenkommen wollten und niemals zusammengelassen wären, denn, m. H., durch Sängerkulte, durch Turnfeste und Schützenfeste wäre niemals das deutsche Reich entstanden. Wohl konnten die Gedanken als Saatkörner in die Volksseele gelegt werden, wohl konnte die Idee der Reichseinheit ausgesprochen, von den Dichtern besungen, von den Schützen gefeiert, von den Turnern besiegelt werden in ihrem Zusammenleben und Zusammenwirken. Niemals aber wäre bei den verschiedenen Interessen

der verschiedenen Landesregierungen ein deutsches Reich entstanden ohne die gewaltige Hand des Kanzlers Fürsten Bismarck, ohne den hingebenden Patriotismus des Kaisers Wilhelm. M. H.! Nachdem aber dieses große weltgeschichtliche Ereignis eingetreten war, nachdem dieses deutsche Reich festgefügt war, so standen wir da als eine mächtige weil geeinte Nation nach Außen hin. Wir waren ein Volk von fünf und vierzig Millionen, welches die Hand gestützt hielt auf das Schwert aber wir waren kein wohlhabendes Volk. Was nützt die Tapferkeit einem Volke, wenn die innere Zufriedenheit fehlt, wenn das Volk der Verarmung entgegengetrieben wird durch eine falsche, wirtschaftlich ungesunde sociale Gesetzgebung. Fürst Bismarck hat, nachdem er nach Außen das Vaterland groß gemacht, es sich zur Aufgabe gestellt, am Abend seines Lebens auch die socialen Probleme des deutschen Volkes in befriedigender Weise auf christlicher Grundlage zu lösen. M. H.! Fürst Bismarck verließ sich eine Zeit lang auf einige Minister, auf Dellbrück, Camphausen und ähnliche Männer in der inneren Politik, in der Wirtschaftspolitik, weil sein geistiges Auge abgelenkt war nach Außen, um erst die nationale Existenz des deutschen Volkes sicher zu stellen. Nachdem diese nationale Existenz erworben war, da sah Fürst Bismarck die inneren Schäden des Landes und des Volkes. Er sah, wie die Landwirtschaft immer weniger lebensfähig wurde, er sah, wie die Hochöfen in den Rheinlanden und Westfalen und Schlesiens ausgeblasen wurden, um dem englischen Eijen freie Einfuhr in Deutschland zu gewähren. Er sah wie die deutsche Industrie krankte und wie die fremde, die ausländische Industrie, auf Kosten der deutschen heimischen Industrie frei in's Land kam, um einem Phantome, um dem Principe des Freihandels, diesem internationalen, diesem dem nationalen Wesen feindlichen Principe zu opfern.

M. H.! Fürst Bismarck ist ein eminent praktischer Mann. Er wird auch nicht ohne Grund der realistische Staatsmann unseres Zeitalters gezeihen; ein Mann, der so tief in die Volksseele geblickt hat, der sagte sich, wenn ich die Monarchie der Hohenzollern erhalten will an der Spitze des deutschen Reiches, so muß ich die Quellen verstopfen, aus denen die revolutionären Elemente ihre Kraft schöpfen. Wie kann man aber anders diese Quellen verstopfen als durch das Herstellen des socialen Friedens im Reiche, durch Befriedigung aller arbeitenden, producirenden, aller Werthe erzeugenden Stände? Wer sind aber die erzeugenden Stände? Es sind die Bauern, es sind die Handwerker und es sind die Arbeiter. M. H.! Ein Staat, welcher die producirenden Stände nicht befriedigt, wer die sociale Lage dieser Stände nicht so herstellt, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können, ein solcher Staat kann auf die Dauer nicht bestehen, kann seine äußere Macht nicht erhalten und treibt innerlich der Revolution entgegen. M. H., das waren die Gründe, die den Fürsten

Bismarck veranlaßt haben, unsere Zollgesetzgebung zu reformiren und unsere Steuergesetzgebung anders zu gestalten. M. H.! Es ist nachgewiesen, daß England eine Menge von Produkten nach Deutschland einfuhrte und zwar deshalb, weil die freihändlerische Gesetzgebung vom Jahre 1864 bis zum Jahre 1878 diese Einfuhr wesentlich unterstützte, diese gefahrbringende Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit der englischen Ueberproduktion. Wir haben kein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß England seine übermäßige Produktion bei uns auf den Markt bringt — England hat längst aufgehört, Ackerbau-Staat zu sein, es ist im eminentesten Sinne ein Industrie-Staat. — England wollte seine Ueberproduktion, die Mehrerzeugnisse seiner Arbeiter, die es nicht los werden konnte, zollfrei auf den Markt anderer Länder werfen. Deshalb verkündete England das Princip des Freihandels, weil es im englischen Interesse lag, möglichst viele Waarenprodukte des eigenen Landes nach anderen Ländern zollfrei auszuführen. M. H., dadurch wurde aber unsere heimische Industrie lahm gelegt. Außerdem kam in Betracht, daß ja andere Länder wesentlich bessere Vorbedingungen für die Industrie haben, als Deutschland. In England finden Sie die Kohle neben dem Eisen. In England sind ganz andere Transportwege, ein viel besseres Canal-system. England liegt am Meere. Es ist dort sehr leicht und billig, die Produkte zu transportiren. Deshalb kann England billiger produciren. Außerdem haben Sie in England keineswegs eine humane, christliche Arbeitergesetzgebung. Bei uns in Deutschland wissen Sie, daß Kinder unter 12 Jahren nach unserer Arbeitergesetzgebung gar nicht in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Junge Leute unter 16 Jahren dürfen nur in einer beschränkten Arbeitszeit beschäftigt werden. Aehnliche humane Bestimmungen, die aus dem Geiste der christlichen Liebe emporgewachsen sind, haben wir in unserer deutschen Arbeitergesetzgebung festgestellt. Andere Länder, die eben diese christliche Grundlage nicht suchen für ihre Gesetzgebung und die auch die Kinder zur Fabrikarbeit heranziehen, wie z. B. in Belgien, und es geschieht auch vielfach in England, die können billiger produciren als Deutschland. Sie haben mehr und billigere Arbeitsbedingungen als wir. Es besitzt nämlich neben seinem ungeheuren Boden- und Geldreichtum ein Canal-system, wie es in dieser Großartigkeit in Deutschland nicht sein kann, weil uns die Mittel dazu fehlen. M. H.! Ich habe Ihnen also gezeigt, daß andere Staaten viel billigere und bessere Produktions- und Erzeugungsbedingungen haben als Deutschland. Deutschland muß sich demnach schützen, daß nicht diese Staaten uns überschwemmen mit ihren Produkten, denn die heimische Industrie wird dann lahm gelegt. M. H.! Aehnlich ging es mit der Landwirtschaft, was Ihnen doch näher liegt. Wir hatten die Gefahr, daß Rußland und Amerika uns überschwemmen mit dem Getreide, welches zollfrei eingeführt werden durfte.

M. H.! Wo kämen wir dann hin? Schließlich würde der Getreidebau im eignen Lande nicht mehr lohnend gewesen sein und unsere Landwirtschaft, da die Produktionskosten nicht mehr herausgekommen wären, ginge zu Grunde und wir wären vollständig abhängig geworden vom Ausland in Bezug auf das unentbehrlichste Lebensmittel, in Bezug auf das Brod. Denken Sie sich, wir hätten einen Krieg mit England oder gegen irgend einen anderen Staat und es würde uns die Zufuhr abgeschnitten werden. Wenn die heimische Landwirtschaft zu Grunde gerichtet wäre, dann würden wir in solchem Falle dem Hungertode entgegengehen oder — die Bedingungen des Kriegsfeindes annehmen müssen. Jeder Staat, der eine selbstständige Existenz hat, wie das deutsche Reich, welches 45 Millionen Seelen umfaßt, muß auch in wirtschaftlicher Beziehung vollständig auf eigene Füße gestellt werden. Das kann aber nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Landwirtschaft lebensfähig erhalten wird. M. H.! Die Fortschrittspartei schreibt so viel über die Vertheuerung des Brodes durch Getreidezölle. Sie wissen, der Centner Getreide zahlt 50 Pfennige Zoll. Jeder, selbst der einfachste Landmann weiß heute schon, daß das niemals unser Brod vertheuern kann. Der Weg, der vom Getreidehalm bis zum Bäckergeld geht, ist sehr lang. Sie wissen, wie viel der Zwischenhändler, wie viel die Börse, wie viel die Getreide speculation daran verdient, ehe sie das in Brod umsetzt und ich glaube, daß da wesentlich dem Volke das Brod vertheuert wird, nicht aber durch den Zoll von 50 Pfennig auf den Centner Getreide. M. H.! Die Herren Fortschrittler haben gesagt, das schadet ja gar nichts, wenn Amerika und Rußland ihr Getreide frei einführen, dann könne ja unsere heimische Landwirtschaft die Viehzucht betreiben statt des Getreidebaues. Ich glaube Ihnen nicht erklären zu müssen, daß zu einer rationellen Viehzucht große Capitalien gehören, die nicht jeder Landmann besitzt, abgesehen davon, daß wir in Deutschland bei weitem nicht so viel Fleisch consumiren, wie z. B. in England, daß also die Viehzucht nicht in der Weise lohnend wäre, wie vielleicht in England und andern Staaten. Außerdem sind die Bedingungen für eine Viehzucht nicht in jedem Staate in gleicher Weise vorhanden. Nun aber weiter, m. H., selbst für den Fall, der nicht eingetreten ist, daß in Deutschland das Brod ein wenig vertheuert würde in Folge des Getreidezolles und wir vor die Frage gestellt würden, soll in Deutschland ein gesunder Bauernstand, eine lebensfähige Landwirtschaft erhalten werden, wenn auch das Brod damit vertheuert wird, oder soll die Landwirtschaft vollständig zu Grunde gehen, so daß wir abhängig werden in Bezug auf das Brod und auf das Getreide vom Auslande, so würde ich meinerseits antworten, ich will lieber das Brod vertheuert haben, aber ich will nicht den Ruin der Landwirtschaft. M. H., es war ein Grundgesetz der sogenannten liberalen Partei, insbesondere der Fortschrittspartei, alle corporativen Gliederungen im Staate zu zerstören, aufzuheben aus Freiheitsprincipien. Sie sagten: die Handwerkerinnungen seien nicht zeitgemäß, der alte Zopf müßte abgeschnitten werden, die Arbeiter-Gewerkschaften seien auch nicht mehr zeitgemäß, selbst die Knappschaftskassen paßten den Herren nicht. Alle dergleichen Corporationen, auch eine Gliederung des Bauernstandes, ich erinnere an die großen Bauernvereine in Westfalen und Schlesien, paßten den Herren vom Fortschritt am wenigsten. Diese Herren haben von ihrem Standpunkte ganz Recht. Wenn erst alle Corporationen im Staate, Bauerncorporationen, Handwerkerinnungen, Arbeitercorporationen zerstört sind, wenn der Staat erbarmungslos Leben seinem Schicksale überläßt, wenn eben die freien Kräfte walten, wie die Herren sagen, d. h. dieses Walten der freien Kräfte besteht darin, daß der Hirt ruhig zusieht, wie der Wolf in die Schafherde einbricht und sich ein Schaf nach dem andernholt und verzehrt. Ich sage, m. H., wenn alle diese Corporationen allmählig zerstört werden durch ein falsches Freiheitsprincip, dann haben Sie jede Macht, jeden Wall, jeden Damm durchbrochen, der gegen die Revolution noch vorhanden ist, dann kommen eben die zerstörenden Wandungen der Revolution und finden nichts mehr vor, was ihnen irgend wie entgegensteht kann. (Lebhaftes Bravo!)

M. H., wir haben aber, Gott sei Dank, das angestammte Hohenzollernhaus, ein starkes Fürstengeschlecht, welches seine Aufgabe stets seit Jahrhunderten darin gefunden hat, die ersten Diener des Staates zu sein, wie Friedrich der Große es aus-

sprach. M. H., die Hohenzollern haben immer es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die wirtschaftliche Wohlfahrt des ganzen Volkes zu heben und zu fördern. Das Hohenzollern-Königthum wollte nun, seiner Tradition folgend, auch in der Gegenwart nicht länger ruhig zusehen wie die verschiedenen Stände im Staate, die Bauern, die Handwerker und die Arbeiter der Verarmung entgegengingen. Das Königthum ist die einzige Macht bei uns im Staate bis jetzt geblieben, die nicht Sklave des Kapitals geworden ist, und weil diese Macht noch vorhanden ist, weil sie über diesem internationalen Kapital erhaben steht, so hat sie ein Halt geboten den Kapitalmächten, welche sich anschickten, die ganzen Kräfte des Volkes aufzusaugen. Es war das internationale vaterlandlose Kapital gleichsam ein Wasserkopf, der alle Kräfte des Volkes in sich aufsaugte, so daß unten nichts mehr übrig blieb, und da hat Fürst Bismarck im Namen des Kaisers — es ist das eben eine Lüge der Fortschrittspartei, wenn sie den Namen des Fürsten Bismarck trennt vom Namen des Kaisers, es ist der Wille des Kaisers, — gerade an seinem Lebensabend hält er es für seine Aufgabe, zu verhüten den Lebensabend der deutschen Arbeiter, — da hat Fürst Bismarck, der treue Eckart unseres Kaisers, gesagt, ich darf und kann nicht länger zusehen, wie mein gutes, liebes, deutsches Volk verarmt, wie es wirtschaftlich zu Grunde geht. Ich muß helfen, der Staat muß eingreifen, die christliche Idee des Staates verpflichtet uns, einzugreifen, zu helfen, und nicht ruhig zuzusehen, nicht die traurige Rolle zu spielen, die Nachwächterrolle, welche die Fortschrittspartei dem Staate zuweisen möchte.

M. H.! Das war der Grund, weshalb Fürst Bismarck dem Reichstage eine neue wirtschaftliche Gesetzgebung unterbreitete, er verlangte das, was im Volke längst verlangt worden war unter den vernünftigen Handwerkern, er verlangte die Wiederherstellung zeitgemäßer Innungen, er verlangte corporative Zusammenfassung des Handwerkerstandes, denn, m. H., ich erlebe es alle Tage, ich glaube, daß Sie es auch vielfach erleben nach unserer heutigen Gesetzgebung, denn wir haben alle möglichen Ordnungen, wir haben die Gewerbe-Ordnung, die Substitutions-Ordnung, die Hypotheken-Ordnung, dann die Prozeß-Ordnung, das sind alles Unordnungen, die im Volke Zerstörung hervorgerufen haben, wir haben alle diese schönen Gesetze aus jener Zeit des Freihandelsprinzips herübergenommen, aber dabei konnte ein vernünftiges Handwerk nicht bestehen, und da war allerdings das „billig und schlecht“ des Professor Neuleau eine Wahrheit. Es können solche Zustände auf die Dauer in Deutschland nicht herrschen, daß heute, wenn Jemand zu mir in die Lehre kommt, wenn ich beispielsweise Tischler bin, der in vier Wochen weiter nichts gethan, als höchstens für die Madame Wasser geholt, dann wegläuft über Nacht und nach vier Wochen ist er Meister; oder, wie gestern mit ein Fall erzählt worden ist, daß Jemand, der als Tischler nichts verstand, plötzlich sich als Conditor entpuppte. M. H., das sind Zustände, die wir nicht dulden können. M. H., ich verlange von jedem Handwerker einen Nachweis über seine gewerbliche Tüchtigkeit. Ebenso gut wie der Staat verlangt, daß Jemand, der als Prediger zum Volke spricht, der als Lehrer die Jugend unterrichtet, der als Arzt die Wunden des Volkes zu heilen oder als Richter über das Volk Recht zu sprechen hat, daß er eine Prüfung ablegt und seine Tüchtigkeit erweist, ebenso verlange ich von jedem Handwerker, daß er in einer Prüfung vor seinen Berufsgenossen nachweist, daß er etwas Tüchtiges gelernt hat. M. H.! Wo sind die Social-Demokraten hergekommen, wo haben die sich rekrutirt? Das sind die weggelaufenen Handwerkslehrlinge, die nirgends etwas gelernt haben und deshalb keinen, zur menschenwürdigen Existenz ausreichenden Lohn erlangen konnten, und da sind sie schließlich Socialdemokraten geworden. (Lebhafter, anhaltender Beifall). M. H.! Die conservative Partei, sie ist in Wahrheit heute die Reformpartei, wir sind die fortschreitende Partei, wir wollen den Fortschritt des Jahrhunderts anerkennen, während die Fortschrittspartei die bestehenden schlechten Gesetze aufrecht erhalten will. Uns schimpft sie reactionäre Partei, während sie selbst eine reactionäre Partei ist. M. H.! Fürst Bismarck hat damit begonnen, daß er die Klagen, welche hinaufstiegen zum Throne vom Handwerkerstand, nicht bloß hörte, sondern auch praktisch verwerthete. Er umgab sich — und das ist eine große That — mit praktischen Männern aus dem Handwerkerstande, aus dem Arbeiterstande und aus dem

Stande der Landwirthe, er bildete einen Volkswirtschafts-Rath, weil er sich sagte, was nützen mir die vielen Juristen, die im Reichstage oder im Abgeordneten Hause sitzen, die Juristen haben vielfach das Recht verdrängt, die haben wenig praktische Kenntnisse stehen wenig im Volke, haben nicht Zusammenhang mit dem Volksleben und deshalb urtheilen sie nur nach ihren Büchern, Theorien, Systemen, in die sie sich einmal hineingelebt haben. Da sagte Fürst Bismarck, ich brauche, wenn ich eine Gesetzgebung schaffen will, die praktisch sein soll, den Rath derjenigen Männer, die im praktischen Leben stehen und deshalb bildete er den Volkswirtschafts-Rath, welcher begutachten sollte die Reformgesetzgebung, welche Fürst Bismarck dem deutschen Volke als das letzte Vermächtniß seines Lebens hinterlassen will.

M. H.! Gegen diesen Volkswirtschafts-Rath, gegen diese Männer aus den producirenden Ständen des Volkes, hat sich auch die Fortschrittspartei nebst ihrer Presse — so zu sagen — gewendet und zwar unter dem nichtigen Vorwande, das ist ein zweites Parlament, eine Concurrenz für unser Parlament; so wollte man die Volksvertretung von vornherein gegen die neue Institution einnehmen und aufreizen. M. H.! Das Volk hat anders geurtheilt; das Volk sagt, wenn Fürst Bismarck es für nöthig findet, die sociale Gesetzgebung, eine vernünftige, fortschreitende Reformgesetzgebung vorzubereiten dadurch, daß er die Männer, für welche die Gesetzgebung bestimmt ist, zunächst fragt nach ihrem praktischen Urtheil, so hat er gewiß richtig im Sinne des Volkes gehandelt. M. H.! Die Innungsvorlage im Reichstage, welche wenigstens eine Abschlagszahlung geben sollte für die Forderung der Handwerker, wurde zwar angenommen, aber wie so Vieles, was aus dem Kopfe des Fürsten Bismarck hervorkam, wie die Minerva gewappnet aus dem Kopfe des Zeus, wie so Vieles verächtelt wurde auf dem Wege durch das Parlament, so wurde auch die Innungsvorlage wesentlich verächtelt durch die Majorität des Reichstages.

M. H.! Ich verkehre sehr viel mit Handwerkern. Ich kann Ihnen sagen, daß dieselben nicht zufrieden sind mit dergleichen Abschlagszahlungen. Ueberall höre ich Ruße nach obligatorischer Einführung der Innungen. M. H.! Wenn die Herren Fortschrittler sich immer über den Zwang beschweren, so ist das rein lächerlich. Ist jemals eine Kultur in der Welt eingeführt worden ohne Zwang? Hat man nicht immer den Barbaren gegenüber Zwang ausüben müssen? Haben wir nicht in Preußen und Deutschland den Schul- und Militair-Zwang? Würden wir denn ein so tapferes Volk geworden sein, würden wir die Franzosen über den Rhein gesagt haben, wenn wir nicht seit 50 Jahren in der strengen Schule des Militairzwanges erzogen worden wären?

M. H.! Darum finde ich es auch ganz richtig, daß in einem so soldatisch geschulten Volke, wie das preussische, auch ein Innungszwang herrscht. Jeder, der Handwerker ist, möge sich auch einer Innung anschließen und wer nicht der Innung beitreten will, wer außerhalb derselben steht, sehe ich gar nicht ein, wie das die Berechtigung herleiten will, Lehrlinge auszubilden. M. H., das sind Alles Forderungen, die unter allem Umständen in einem geordneten Staatswesen erfüllt werden müssen. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

M. H.! Fürst Bismarck hat ferner vorgelegt das Unfallversicherungsgesetz für die Arbeiter, für die Industriearbeiter zunächst. M. H., wie war es denn bis jetzt, wenn ein Arbeiter in der Fabrik bei seinem Beruf verunglückt? Jeder Arbeiter, der von der Maschine zermalmt wird, ist damit ein Märtyrer der Cultur geworden, der großen menschlichen Culturarbeit, deshalb haben wir als Volk die Pflicht, für den Mann, wenn er noch lebt, wenn er als Krüppel noch weiter regiert zu sorgen, für ihn selbst ausreichend zu sorgen, resp. für seine Wittve und Waisen. Was haben wir für Zustände gehabt? Wir haben ein sogenanntes Gastpflichtgesetz gehabt. Wenn da ein Arbeiter verunglückt ist, mußte er erst einen langen Prozeß führen mit der Versicherungsgesellschaft, er mußte dahin seine Familie verarmen und das letzte Bett wurde verkauft, ehe der Prozeß zu Ende war und unten zehn Fällen ist nachgewiesen, daß nur in einem Falle der Arbeiter eine Entschädigung bekam, wo er nachweisen konnte, daß er nicht schuld war, sondern der betreffende Ingenieur, der die Fabrik leitete. M. H., nichts war so sehr geeignet, die Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung zu

nähren und immer neu zu wecken, als dieses unglückselige Haftpflichtgesetz, welches auch so zu sagen eine geistliche Mißgeburt der Fortschrittspartei gewesen ist. M. G., Fürst Bismarck sagte, der Arbeiter soll überhaupt nicht verpflichtet sein, den Beweis zu führen, ob er oder der Fabrikherr die Schuld an dem Unglücksfall tragen, sondern das Unglück ist geschehen, es wird als Thatsache hingenommen und für jedes Unglück soll der Arbeiter resp. seine Wittve versorgt werden aus allgemeinen Klassen, die durch das Reich verwalktet werden und wozu das Reich auch einen Zuschuß von wenigstens dem dritten Theile des Beitrages leisten soll. M. G., selbst diesem Unfallversicherungsgesetz haben die Herren Fortschrittler Opposition gemacht. Sie haben sich dagegen gestemmt im Reichstage unter allerlei Vorwänden. Das ist Staatssozialismus, haben sie gesagt; der Staat ist keine Versorgungsanstalt u. s. w.

M. G. ich wundere mich nur über Eins. Die Fortschrittspartei, die ja immer opponirt, sie ist die Feindin jedes Monopols, sie bekämpft das Tabaksmopol und ähnliche Dinge sehr scharf, sie hat aber immer das Monopol der Arbeiterfreundlichkeit für sich in Anspruch genommen und immer den Arbeitern bei Wahlversammlungen eingeredet, wir sind eure wahren Freunde, uns müßt Ihr zu euren Vertretern wählen. Ich begreife nicht, wie ein fortschrittlicher Mann nunmehr die Stirn haben kann, vor seine Wähler zu treten, nachdem die Partei gegen den ersten Versuch des Fürsten Bismarck, wirklich den Arbeitern zu helfen durch das Unfallversicherungsgesetz, gegen dieses Gesetz gestimmt hat. M. G., wenn ich Fabrikarbeiter wäre, so würde ich den Fortschritt-Führern zurufen. Du hast ja Deine Feindseligkeit gegen die Arbeiter gezeigt durch Deine Abstimmung im Reichstage. Aber ebenso wie die preussische und deutsche Geschichte über die Fortschrittspartei zur Tagesordnung übergang in den Jahren 1866 und 1870 — ich erinnere mich selbst, als ich zum ersten Male öffentlich auftrat in meiner Heimath Breslau, es war 14 Tage vor der Schlacht von Königgrätz — da war in Breslau eine große Versammlung, es waren meistens Fortschrittler da, und da sagten die Herren diesem Ministerium keinen Pfennig und wenn der Feind vor den Thoren Berlins steht. Da habe ich als junger Mann den Herren zugerufen M. G., das ist Landesverrath, wenn Sie die inneren Zwistigkeiten, die Sie mit der Regierung haben, wenigstens nicht so lange ruhen lassen, bis der äußere Feind niedergeworfen ist. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)

M. G.! Sowie die Geschichte zur Tagesordnung übergang über diese landesverrätherische Parole der Fortschrittspartei im Jahre 1866, diese Partei begriff auch 1864 nicht den großen deutschen Gesichtspunkt des Fürsten Bismarck, als er Schleswig-Holstein dem Vaterlande wieder gewann so wird die Geschichte auch zur Tagesordnung übergehen über die Kämpfe der Fortschrittspartei gegen die großen socialen und wirtschaftlichen Reform Pläne des Fürsten Bismarck. Wenn nach Jahrhunderten Niemand mehr den Namen Eugen Richter kennen wird, so wird das, was der Heldenkaiser Wilhelm in die Furchen der Zeit geklagt hat und die großen Gedanken, welche Fürst Bismarck, sein genialer Kanzler, zur praktischen That werden ließ, unsterblich sein und bleiben, und unsere Nachkommen werden noch segnend auf die schöpferischen gewaltigen Männer dieser Zeit hinblicken.

M. G.! Ich habe noch nicht gesprochen von der Steuerfrage. Sie werden wissen daß am meisten die Fortschrittspartei sich wendet gegen die indirecten Steuern. Fürst Bismarck hat den Plan, das indirecte Steuersystem in Deutschland weiter auszubilden als bisher. M. G., ich will Ihnen ein Mal aus einer kleinen Zusammenstellung nachweisen, wie wenig indirecte Steuern Deutschland im Hinblick auf andere Staaten bezahlt. Deutschland zahlt an indirecten Steuern gegenwärtig 467,409,028 Mark, Frankreich bezahlt 1,579,617,560 Mark, England bezahlt ebenfalls über tausend Millionen Mark indirecter Steuern, ebenso Rußland über tausend Millionen. Die vereinigte Republik Nordamerika zahlt 1,355,299,000 Mark indirecte Steuern. Sie sehen, m. G., daß die Länder, die republikanische Regierungen besitzen, das indirecte Steuersystem wohl ausgebildet haben, Sie sehen also, daß das Princip der Freiheit, was die Herren Fortschrittler immer in ihrem Munde führen, mit den indirecten Steuern absolut nichts zu thun hat. Aber, m. G., ich vermuthete, und habe auch den Muth gehabt, das öffentlich auszusprechen, einen

andern Grund, weshalb die Herren Fortschrittler die directe Steuer bevorzugen und die indirecte Steuer dem Fürsten Bismarck nicht gewähren wollen. M. G., die directe Steuer, die direct abgeholt wird dem Handwerker und Arbeiter vom Steuerrecutor, der Arbeiter hat sie nicht immer zurückgelegt, auch der Handwerker, und der kleine Landmann nicht immer. Was geschieht; der Steuerrecutor pfändet ein Bett oder sonst ein Stück Möbel, der so gepfändete Arbeiter, der Handwerker und der Landmann schimpft auf den Staat und die Regierung, was das für eine schlechte Regierung sei, die das Letzte wegnimmt. Ja, m. G., das Volk soll eben, das wünscht die Fortschrittspartei, unzufrieden erhalten werden. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo). Bei der indirecten Steuer fühlt man eben nicht die Steuer. Ich könnte Ihnen an einer langen Reihe von Zahlen, ich könnte Ihnen statistisch nachweisen, daß bei der indirecten Steuer durchaus die Consumartikel garnicht vertheuert werden, denn auf dem Wege, den das Product zu dem einzelnen Consumenten nimmt, verschwindet die Steuer vollkommen. Da sind ganz andere Faktoren, die in Betracht kommen, um eine Waare in ihrem Preise zu erhöhen. Die Wissenschaft hat nachgewiesen, sowohl die Statistik als die Volkswirtschaft, daß die directen Steuern, die auf einzelnen Consumartikeln ruhen, im Gebrauche die Sache nicht wesentlich oder garnicht vertheuern. M. G.! Haben Sie vielleicht schon gefunden, wenigstens ich habe es noch nicht erlebt, daß seit Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer das Brod und Fleisch wesentlich billiger geworden wäre? Nein, m. G., es ist bloß das Eine, daß wir mehr directe Steuern bezahlen müssen, aber sonst haben wir wesentliche Vortheile nicht bekommen. M. G., das verdanken Sie Herrn Eugen Richter und Genossen. Dieses indirecte Steuersystem muß in Deutschland mehr ausgebildet werden, weil die directe Steuer gar nicht gerecht veranlagt werden kann. Denken Sie sich, m. G., ich hätte 2000 Thaler Einkommen und ich habe acht Kinder und neben mir wohnt ein Nachbar, der hat ebenso 2000 Thaler Einkommen der hat aber gar keine Kinder. Ich muß aber dem Staate von den 2000 Thalern ganz dieselbe Steuer bezahlen mit meinen acht Kindern, wie der Mann, der kein Kind hat. Sie sehen also, daß bei den directen Steuern eine gerechte Veranlagung garnicht möglich ist weil eben die Verhältnisse der Menschen mit gleichen Einkommen ganz verschieden sind. Z. B. der eine Mann, der 2000 Thlr. hat, ist krank das ganze Jahr, der Mann hat doch mehr Bedürfnisse für Arzneien, Badereisen u. dgl. m. als der gesunde Mann, der 2000 Thaler Einkommen hat. Da sind solche Unterschiede vorhanden, die derjenige, der die Steuer veranlagt, nicht in Betracht ziehen kann. M. G., diese Dinge werden alle ausgeglichen durch eine indirecte Besteuerung, wie z. B., ich will einmal sagen, an der Hundsteuer. Wer keinen Hund halten will, bezahlt eben keine Hundsteuer; also es ist Jedem unbenommen, ob er die Steuer bezahlen will oder nicht. Natürlich gilt das nicht von Lebensmitteln, die müssen wir ja verbrauchen, aber es giebt eine ganze Menge Dinge, die man verbrauchen kann oder auch nicht verbrauchen kann.

M. G.! Da ich gerade spreche von den Dingen, die man verbrauchen kann oder nicht, fällt mir der Tabak ein. M. G., die Fortschrittler schreien so viel darüber, daß Fürst Bismarck gesagt hat, der Tabak müsse noch mehr bluten. Ich will Ihnen an einigen Zahlen nachweisen, wie unberechtigt die Opposition der Fortschrittspartei ist gegen die schärfere Steuerheranziehung des Tabaks. Bis zum Jahre 1879 waren die Einnahmen aus dem Tabak sehr geringfügig. Sie betragen nur 34 Pf. pro Kopf in Deutschland. Sie sind allerdings später auf ca. 1 Mark gestiegen durch höhere Besteuerung. Sehen wir uns aber andere Länder an. In Italien wird bezahlt 2,53 Mk. pro Kopf an Tabaksteuer, in Oesterreich 3,41 Mk. und in Amerika 4,36 Mk. Sie sehen also den ganz gewaltigen Unterschied der anderen Länder, was diese aus dem Tabak herausziehen. M. G., die Fortschrittler behaupten, wenn Fürst Bismarck das Tabakmonopol einführt, dann werden 100,000 Arbeiter, die in der Tabakindustrie beschäftigt sind, zu Grunde gehen. Die Fortschrittler behaupten ferner, die Landwirthe, die den Tabak bauen, werden ebenso zu Grunde gehen. Es ist nachgewiesen worden, daß in den Ländern, wo das Monopol vorhanden ist, in Frankreich und Oesterreich, die Tabakindustrie durchaus nicht zurückgegangen ist, sondern im Gegentheil vermehrt wurde. M. G., die Arbeiter, die heute

beim Tabaksbau beschäftigt sind und die Tabaksbauer werden dann für den Staat arbeiten und sich finanziell besser stehen, als jetzt. Das wollen aber die Fortschrittler nicht, so wie sie auch die Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht wollten, obgleich diese Verstaatlichung im allgemeinen Interesse dringend nothwendig war, weil sie sagten, die Eisenbahnbeamten werden dem Einwirken der fortschrittlichen Phrasendrescher entzogen. Wir müssen doch die Leute an unserer Leine halten. Wir müssen doch den Leuten unsere Phrasen weiter vordreschen, damit sie wenigstens bis zu den Wahlen daran glauben, nach den Wahlen ist ja das nicht mehr nöthig. (Große Heiterkeit. Lebhaftes Bravo.)

M. G.! Ich spreche eben von den Eisenbahnen. Die Verstaatlichung, d. h. die Zusammenfassung der Eisenbahnen in der Hand des Staates, die war ein nothwendiges Glied in der großen Wirtschaftsreform des Fürsten Bismarck, denn, m. G., wenn unsere Industrie und unsere Landwirtschaft auch durch den Zoll geschützt wurde, und die Eisenbahnen blieben in Privatbesitz, dann konnte doch nicht eine Hebung der Landwirtschaft und eine Hebung der Industrie herbeigeführt werden. M. G.! Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß die Privateisenbahn-Gesellschaften den auswärtigen Befrachtern, die Getreide oder sonstige Producte verfrachten durch Deutschland, einen wesentlich billigeren Tarif gewährten (Differentialtarif) und so auf einem Umwege dem ausländischen Producenten den Zoll ersetzten. So konnte die auswärtige Landwirtschaft und Industrie nach wie vor unsere heimischen Landleute, Fabrikanten, Handwerker und Arbeiter durch billigere Preise zu Boden werfen. Wenn der Staat die Eisenbahnen nicht in seine Hände bekam, so war eben die ganze Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck durchkreuzt, der nationale Schutz der Industrie, der Schutz der Landwirtschaft, der schwebte in der Luft. Fürst Bismarck hat das auch gefühlt. Er sagte am 15. December 1878 im Reichstage Folgendes

„Es kann auf die Dauer den einzelnen Staats- und Privat-Eisenbahn-Verwaltungen nicht die Berechtigung verbleiben, der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Reiches nach eigenem Ermessen Concurrrenz zu machen, die Handelspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstages nach Willkür zu neutralisiren und das wirtschaftliche Leben der Nationen den Schwankungen auszuweisen, welche im Gefolge hoher und wechselnder Einfuhrprämien für einzelne Gegenstände nothwendig eintreten!“

M. G., deshalb ist es nothwendig, daß der Staat wenigstens die Haupt-Eisenbahnlinien in seine Hände bekommt, damit er dafür Sorge trägt, daß nicht das Ausland zum Nachtheile unserer heimischen Industrie in den Frachtsätzen bevorzugt werden. M. G., ich habe Ihnen so in allgemeinen Zügen die Wirtschaftsreform, die in Deutschland vom Fürsten Bismarck geplant wird, dargelegt. Jeder vernünftige Mensch, der sich ein klares Bild von dem Gange der Wirtschaftsreform, von den Folgen dieser Socialreform für unsere producirenden Stände macht, muß sich doch fragen, wie kann ein Freund des Volkes, wie kann ein Patriot im Lande Opposition machen gegen ein so segensbringendes Werk, welches noch Jahrhunderte überdauern wird in seinen Folgen. Ja, m. G., die Fortschrittspartei weiß das auch, die ist in ihrem Herzen überzeugt von den Wohlthaten der Reform, des Fürsten Bismarck, aber, m. G., der Grund, weshalb sie Opposition macht dagegen, die wesentlichen Motive und Beweggründe, weshalb sie der Reichsregierung Schwierigkeiten in den Weg wirft, liegen auf ganz andern Gebieten, und das werde ich Ihnen jetzt auseinandersetzen. Die Fortschrittspartei sagt, Fürst Bismarck ist allein der gewaltige Mann, der die Monarchie der Hohenzollern auf feste und eberne Fundamente trotz der revolutionären Zeitmogen gestellt hat. Die Fortschrittspartei weiß, daß, so lange Fürst Bismarck an der Spitze des Staates steht, ein starkes Königthum herrschen wird im deutschen Reiche. Die Fortschrittspartei weiß, daß ein geschwächtes Königthum, welches nur eine Marionettenfigur ist in den Händen der zufälligen Parliamentsmehrheiten nimmer bei uns in die Erscheinung treten wird, so lange der Reichskanzler Fürst Bismarck das Steuerruder des Staates führt. Das ist der geheime Grund, weshalb sie den Kanzler beseitigen will. Die Fortschrittspartei zerstört theils bewußt, theils unbewußt die geschichtlichen Grundlagen unserer starken Hohenzollern-Monarchie. Meine Herren, das Königthum, wie wir es in Preußen seit Jahrhunderten

haben, ist nicht vereinbar damit, daß der König gezwungen wird, gegen den Wortlaut und den Geist der Verfassung sich von Eugen Richter oder irgend einem Andern die Minister aufzwingen zu lassen. Unsere Verfassung sagt ausdrücklich, der König ernennt seine Minister, und nicht, daß Herr Eugen Richter Minister vorschlägt, sondern vielmehr der Kaiser ernennt die Minister, zu denen er Vertrauen hat. (Bravo!) Vertrauen kann man Niemandem aufzwingen. Sie können doch nicht verlangen, daß der Kaiser sich Männer in den Rath der Krone nimmt, deren Vergangenheit an die Revolution des Jahres 1848 erinnert. Sie können nicht verlangen, daß der Kaiser sich Männer in den Rath der Krone nimmt, von denen er weiß, daß sie gewisse Verpflichtungen übernommen haben gegen gewisse parlamentarische Cliquen, um die Macht der Krone zu brechen und auszuliefern an die zufällige Parlaments-Mehrheit oder an die usurpatorische Macht der Fractionshäupter. M. H.! Das ist das wahre Gesicht der Fortschrittspartei, welches sie eben nicht allem Volke zeigt. Zum Volke sagen sie, euer Brod wird vertheuert durch Getreidezölle, euer Petroleumlämpchen wird vertheuert, eure Tabakspfeife soll vertheuert werden, da sagen sie nicht die wahren Gründe, die sie haben, weshalb sie gegen den Kanzler kämpfen. Die Gründe liegen in dem Kampfe gegen das historische, gegen das überlieferte Königthum. M. H.! Ich sage aus der Geschichte heraus, nur ein starkes Königthum ist überhaupt im

Stande, sociale Fragen in befriedigender Weise zu lösen. Sehen Sie sich um in der Geschichte, wo sie wollen, im Alterthum, im Mittelalter, in der Gegenwart, überall, wo Sie republikanische Staaten hatten, — ich erinnere an das alte Rom und Griechenland, Venedig, Genua, in der modernen Zeit an Nordamerika und Frankreich, haben Sie da eine befriedigende Lösung der socialen Fragen? Es ist eben eine Böbelherrschaft nicht geeignet, dem Volke das zu bieten, was dem Volke Noth thut. Es muß eine Macht vorhanden sein von Gottes Gnaden, nicht von Eugen Richter und Wöllmers Gnaden (Sehr richtig! Bravo! Leb. Weif.) Es muß eine Macht von Gottes Gnaden geben, die hoch erhaben über dem ganzen Volke als gerechter Richter, als wohlwollender Fürst, als ein erster Diener des Staates, der zusammengewachsen ist mit allen Ständen, mit allen Kreisen der Bevölkerung, der ein Interesse hat an der Wohlfahrt des Volkes, eine solche Macht von Gottes Gnaden muß im Staate vorhanden sein, um die Bösen zu zähmen und die Guten zu belohnen (Lebhafte Bravo! Anhaltender Beifall.) M. H., ich habe Ihnen gesprochen von den Wirthschaftsreformen in unserm Reiche, ich habe Ihnen gesprochen von den Steuerreformen und von den socialen Arbeiterreformen, aber, m. H., es heißt in der Bibel, nicht vom Brod allein lebt der Mensch, nicht von dem wirthschaftlichen Gedeihen alle in hängt das Glück des Volkes ab, es giebt noch andere höhere Güter, die ein Volk, wenn es sich seine nationale Existenz erhalten will, zu dem

Heiligsten und Höchsten rechnen muß und das ist zunächst die Religion. Jedes Volk in der Geschichte, welches seine Religion von sich warf, ging zu Grunde. Ich erinnere daran, als die Griechen und die Römer ihre Götter verachteten, da wurden sie hinweggeschwemmt von der Geschichte, und wenn das deutsche Volk aufhören wird, ein christliches Volk zu sein, dann wird es aufhören, eine Nation zu sein. (Lebhafte Bravo und großer Beifall.) M. H., Sie haben die Verpflichtung, tapfer und fest zu stehen bei dem bevorstehenden Wahlkampf es ist der letzte Kampf des Heidenthums und der nichtchristlichen Elemente gegen den christlichen Staat. Sie haben diesen Kampf durchzufechten mit aller Macht, Sie haben sich zu erhalten die christlichen Grundlagen des monarchischen Staates, Sie haben sich zu erhalten eine positiv christliche Kirche, Sie haben sich zu erhalten eine christliche Schule, auf daß die Jugend erzogen wird im Geiste unserer Väter. Sie wollen ferner regiert und verwaltet sein von einer christlichen Obrigkeit. M. H., sorgen Sie dafür daß das starke Königthum der Hohenzollern in einem christlichen Staat herrsche, sorgen Sie dafür und helfen Sie der Regierung, daß der erste Kaiser aus dem Hohenzollernhause ein tapferes, ein wohlhabendes, ein glückliches und auch ein frommes Volk beherrschen möge. (Lebhafte Bravo! Anhaltender Beifall.)